

Heinz Gärtner, Otmar Höll, Paul Luif

Österreichische Außen- und Sicherheitspolitik

Das internationale Umfeld

Seit dem Ende des Kalten Krieges stehen zentrale Determinanten des Internationalen Systems im Zeichen anhaltender tief greifender politischer und wirtschaftlicher Veränderungen. Der Zusammenbruch der politischen Systeme in den kommunistischen Staaten Osteuropas, zusätzlich beschleunigte Globalisierung, der Zerfall der UdSSR und Jugoslawiens, die Auflösung des Warschauer Pakts sowie die Vereinigung der beiden deutschen Staaten markieren Eckpfeiler dieser folgenreichsten Strukturveränderung des Internationalen Systems seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Im Gefolge sind zahlreiche Staaten in Europa neu entstanden, Bedrohungsszenarien wurden tief greifend gewandelt, Sicherheitsstrukturen sind in Veränderung oder Neuentwicklung. Zudem wurden traditionelle Orientierungsrahmen und Erklärungsmodelle offensichtlich obsolet. Bei zunehmender Interdependenz aller Gesellschaften und Staaten hat gleichzeitig auch deren Verwundbarkeit zugenommen: Die meisten der aus den geschilderten Entwicklungen resultierenden Probleme sind transnationaler Natur und können nach übereinstimmender Expertenmeinung von einzelnen Staaten alleine nicht zufrieden stellend gelöst werden.

Das Ende der Bipolarität hatte bereits in den neunziger Jahren zu einem grundlegenden Überdenken konkreter Gefährdungs- und Bedrohungsszenarien nationaler Sicherheitspolitiken geführt. Die Anschläge vom 11. September 2001 und deren Konsequenzen haben einerseits diese Einschätzungen erhärtet, andererseits dem sicherheitspolitisch-strategischen Denken jenseits und diesseits des Atlantiks neue Richtung und insbesondere Dynamik verliehen.

Nach dem Ende des Kalten Krieges hatte sich für kurze Zeit der außenpolitische Handlungsspielraum Österreichs unter den neuen, auf dynamische Umgestaltung hin ausgerichteten Rahmenbedingungen einerseits scheinbar erweitert, was von Österreich teilweise auch

genutzt wurde. Gleichzeitig wurde die Außen- und Sicherheitspolitik (ASP) Österreichs auch vor neue Herausforderungen gestellt, die eine konzeptuelle Neuorientierung zumindest nahe legten. Dennoch dauerte es bis zum Ende des Jahres 2001, bis die österreichische Regierung (ohne dabei Konsens mit den Oppositionsparteien zu erzielen) eine neue sicherheitspolitische Doktrin beschloss. Praktisch waren aber strukturelle Veränderungen der österreichischen ASP schon seit geraumer Zeit im Gange. Eine außenpolitische Schwerpunktverlagerung auf Westeuropa war bereits seit etwa 1983 auf dem Weg, die Neuaufgabe der „großen“ Koalition von 1986 und die damit verbundene Übernahme der außenpolitischen Agenden durch die ÖVP haben diese Tendenz intensiviert und 1989/1995 schließlich zum Antrag auf und zur Mitgliedschaft in der EU geführt. Eine strategische und strukturelle Reform des Bundesheeres hatte spätestens mit dem Jahr 1992 begonnen. Damit wurde die österreichische Außen- und Sicherheitspolitik schließlich auf eine gänzlich neue Ebene transponiert.

Mit dem vollzogenen Beitritt zur EU waren die österreichischen Beziehungen zu den anderen Mitgliedsstaaten ebenfalls in eine neue und engere Phase getreten. Ein großer Teil nationaler Politikfelder mutierte tendenziell gleichsam zur „europäischen Innenpolitik“ beziehungsweise zu Akten nationaler politischer Interessenwahrnehmung im Rahmen der EU-Institutionen. Dadurch wurde die ASP Österreichs gegenüber dem „Rest der Welt“ in langsam steigendem Maße in Zusammenarbeit und Absprache mit den 14 anderen Mitgliedstaaten im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) gestaltet. Der zu Beginn der neunziger Jahre für kurze Zeit gewonnene nationale außenpolitische Handlungsspielraum Österreichs ist durch die Annäherung an die EU und schließlich durch die Teilnahme an der außenpolitischen Gestaltung im Rahmen der EU-Institutionen wiederum kleiner und – durch die Bedingungen der GASP – auch in Österreich selbst weniger öffentlich sicht- und erkennbar geworden.

Die Mitgliedschaft in der EU hat aber auf der anderen Seite wiederum mehr außenpolitische Optionen für Österreich eröffnet. Nicht nur kann Österreich seit dieser Zeit an der Gestaltung der GASP – wenn auch als

kleiner Staat faktisch nur in moderatem Umfang – teilnehmen und auf die Solidarität der anderen Mitglieder zählen, sondern es konnte aufgrund seiner Mitgliedschaft im Rahmen des politisch-globalen Akteurs „Europäische Union“ seine außen- und sicherheitspolitische Bedeutung gegenüber Drittstaaten erheblich erhöhen. Aufgrund der notwendigen Abstimmung nationaler Positionen in der GASP ist jedoch der Handlungs- und Gestaltungsspielraum für eine eigenständige bilaterale Außenpolitik seit der Mitgliedschaft natürlich zusätzlich verringert worden.

Die hier in geraffter Form dargestellten Veränderungen des internationalen Umfelds und ihre nationalen Auswirkungen stellen Österreich vor die schwierige aber notwendige Aufgabe, seine ASP neu zu überdenken und den tief greifenden geänderten Umfeldbedingungen anzupassen. Die materiellen Ausgangsvoraussetzungen für eine derartige positive Um- und Neugestaltung sind jedenfalls insgesamt recht gut:

Österreich zählt wirtschaftlich weiterhin zu den wohlhabendsten Staaten der Welt mit hohen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Standards. Es zählt überdies trotz zunehmender Parteienkonkurrenz und einer mehr in Richtung Konfliktdemokratie gehenden Umgestaltung seiner politischen Kultur zu den stabilsten Gesellschaften und Staaten Europas. Es unterhält effektive und gute Beziehungen und Kontakte zu allen relevanten wirtschaftlichen und politischen internationalen Akteuren, auch wenn seine hohe außenpolitische Reputation, die es in den sechziger, siebziger und teilweise noch achtziger Jahren aufgebaut hatte, in den letzten Jahren augenscheinlich gelitten hat. Selbstkritisch darf aber konzediert werden, dass das verloren gegangene gute Image Österreichs (vgl. Aussagen etwa von Papst Paul VI: Österreich als „Insel der Seligen“ oder Henry Kissinger: Kleinstaat mit größerer Bedeutung als ihm entspricht) auf zum Teil real nicht zutreffenden Voraussetzungen beruhte, deren Aufrechterhaltung unter heutigen Bedingungen nicht mehr länger erforderlich scheint. Eine tendenzielle Entwicklung hin zu einem „normalisierten“ Selbstverständnis hinsichtlich der österreichischen Wertigkeit und Interessenlage (realistische Einschätzung der Stärken und Schwächen), aber auch der operativen Handlungsmöglichkeiten bedeutet eine große Chance für eine bessere, klarere und

den realen Gegebenheiten angepasste Profilierung Österreichs in der Staatengemeinschaft.

Wodurch ist das außen- und sicherheitspolitische Profil bestimmt?

Das außen- und sicherheitspolitische Profil Österreichs ist gegenwärtig vor allem durch seine EU-Mitgliedschaft bestimmt. Die gegenwärtig von allen Parteien überraschend übereinstimmend akzeptierte „Restneutralität“ hat zwar noch Bedeutung im Innenverhältnis, im Außenverhältnis jedoch spielt sie eher eine geringe und ambivalente Rolle. Die Ausrichtung der österreichischen ASP ist vor allem strukturell geprägt von der Kleinstaatlichkeit Österreichs, von seiner geopolitischen Lage zwischen Ost und West, Nord und Süd (im „Herzen Europas“). Die Kleinstaatlichkeit bedingt traditionell auch eine besondere Betonung der Rolle des Völkerrechts für die friedliche, gewaltfreie Gestaltung der internationalen Beziehungen seitens der österreichischen ASP, ein Herausstreichen des Multilateralismus zur Bewältigung von Meinungs- und Interessensdivergenzen, ein Bemühen um gewaltfreie Lösungen von Konflikten und schließlich das Angewiesensein auf wirtschaftlich offene, faire und freie Zusammenarbeit zwischen Staaten und Wirtschaftsregionen.

Die österreichische Außenpolitik hat in der Vergangenheit aber auch deutlich gemacht, dass militärisches Eingreifen in Konflikten zur Wiederherstellung von Frieden und Freiheit gegebenenfalls notwendig ist. So hat Österreich das vom UN-Sicherheitsrat mandatierte Vorgehen zur Befreiung des besetzten Kuwaits unterstützt. Der österreichische Vertreter im Sicherheitsrat forderte schon 1992 ein militärisches Vorgehen gegen die serbische Aggression, was erst 1995 vom Sicherheitsrat beschlossen wurde. Der Einsatz der NATO im Kosovo (ohne UN-Mandat) wurde von den österreichischen Vertretern in der EU als „notwendig und gerechtfertigt“ bezeichnet.

Die nach Aufhebung der „Sanktionen“ (eigentlich „Maßnahmen der XIV“, der restlichen EU-Mitglieder gegen die damalige Bundesregierung) initiierte „Strategische“, später „Regionale Partnerschaft“ stellt eine österreichische Initiative dar, die intensiviert Beziehungen mit der Absicht der zeitgerechten Abklärung

gemeinsamer Interessen im Rahmen der Europäischen Union bei den benachbarten EU-Beitrittsstaaten zum Ziel hat.

Eine realistische Einschätzung der „tatsächlichen“ österreichischen Möglichkeiten, die Grenzen österreichischer ASP zu bestimmen, ist vielleicht bei einem Teil der Experten, nicht aber in einem erweiterten Kreis der politischen Öffentlichkeit vorzufinden. Hier rächt sich das Versäumnis der Vergangenheit (die Gegenwart ist allerdings nicht besser), solche und andere wichtige Fragen nicht ausreichend sowie nicht klar und kontextbezogen in der Öffentlichkeit zu diskutieren. Zudem wurde die österreichische ASP gerade auch in den letzten Jahren zunehmend von einem Übermaß an Innenpolitik funktionalisiert – eigentlich das typische Prerogativ von großen Staaten. Das offizielle Österreich versteht sich als „kleine Nation mit großer Kultur“, viele sprechen von der Position einer „kulturellen Mittel- bis Großmacht“. Dies entspricht zwar zugegebenermaßen über weite Strecken dem Image Österreichs in der Welt, beruht aber realiter – wohl auch verständlich, und insofern stellt es keinen Einzelfall dar – auf einem stärker vergangenheitsorientierten, repräsentativen Kultur- und Kunstverständnis. In diesem Vorstellungsbild werden die kulturellen und künstlerischen Leistungen von ÖsterreicherInnen in der Gegenwart wenig einbezogen und mitgedacht. Noch immer ist sowohl in der Innen- wie in der Außenwahrnehmung in einem gewissen Ausmaß die außen- und sicherheitspolitische Identität Österreichs (zumindest teilweise) historisch konnotiert. Erinnerungen an die ehemalige imperiale Größe im Rahmen der österreichisch-ungarischen Monarchie und die Ambivalenz vieler Österreicher und zum Teil auch der politischen Elite hinsichtlich der Zeit des Anschlusses beziehungsweise der gewaltsamen Integration in das nationalsozialistische Deutsche Reich – wurde Österreich 1945 befreit oder besiegt? – spielen als Aspekte der Selbsteinschätzung und nationalen Identität teils bewusst, teils unbewusst tatsächlich eine größere Rolle, als man prima facie annehmen würde.

Dazu besteht noch immer in weiten Kreisen der Österreicher ein nicht unerhebliches Misstrauen gegenüber dem Militär, das aus der Zeit des Bürgerkriegs 1934 und des Zweiten Weltkrieges stammt, aber auch aus der lange Zeit genährten Erwartung, Österreich könne sich

aus allen internationalen Konflikten heraushalten. Tiefe, nicht völlig ausgeräumte Konfliktlinien zwischen den beiden großen Lagern (und dem kleineren „deutsch-nationalen“) müssen ebenfalls in einer umfassenden Profilerstellung der österreichischen ASP berücksichtigt werden.

Die durch die politischen Umstände der damaligen Zeit bedingte Ansiedlung wichtiger Internationaler Organisationen seit den fünfziger Jahren hat Österreich und Wien zu einem Ort der internationalen Begegnung und – aus heutiger Sicht – zu einem Sitz bedeutender „Global governance“-Institutionen gemacht, auf deren Basis nicht nur die vergangene, sondern auch die gegenwärtige ASP durchaus Nutzen ziehen kann beziehungsweise könnte.

Kurz zusammengefasst ist die gegenwärtige österreichische ASP, vor allem in der Außenwahrnehmung, mehr durch Ambivalenz und Diffusität und weniger durch Klarheit, Konsequenz und Kontinuität charakterisiert.

Kernbereiche und Schwerpunkte der Außen- und Sicherheitspolitik

Die Kernbereiche und Schwerpunkte der österreichischen ASP haben sich seit der Zeit des Kalten Krieges wesentlich verändert, heute sind dies: Interessenvertretung im Rahmen der Europäischen Union, darüber hinaus Beziehungen zu den großen Mächten, insbesondere den USA, Stärkung des Völkerrechts, (Außen-) Wirtschaftspolitik, Nachbarschaftspolitik, bilaterale Beziehungen zu den EU-Mitgliedern, Kulturpolitik, internationale Blauhelm-Einsätze, OSZE, Pfp und dann – abge schlagen – erst Neutralität, Entwicklungs- und Umweltpolitik sowie Migrations- und Flüchtlingspolitik. Diese Schwerpunkte sind aus der Analyse offizieller Stellungnahmen der zuständigen Regierungsmitglieder und Ministerien ablesbar.

Was tragen außen- und sicherheitspolitische Handlungsfelder zum Akteursstatus bei?

Klar definierte außen- und sicherheitspolitische Handlungsfelder und deren konsequente politische Gestaltung sind wesentliche Träger nationaler Identität und

ein Signal für politische Rollensicherheit im internationalen Feld. Zudem werden anhand dieser Kriterien von anderen Akteuren, die zunehmend zivilgesellschaftliche Kräfte anderer Staaten miteinschließen, das internationale Ansehen und die Glaubwürdigkeit von Staaten beziehungsweise Regierungen im erheblichen Maß gemessen. Sie bestimmen sehr stark das allgemeine Image und die Wertschätzung eines Staates. Im Rahmen dieser Handlungsfelder werden außen- und sicherheitspolitische Aktionen durchgeführt und damit auch strategische Optionen wahrgenommen.

Ist es möglich, diese Handlungsfelder in quantifizierbarer Weise miteinander zu vergleichen?

Diese Möglichkeit besteht nur teilweise und hat sehr beschränkte Aussagekraft. Vor allem kommt es darauf an, welche politisch-strategischen Daten man zur Verfügung hat und welche Ergebnisse man erwarten möchte. So ist es etwa durchaus möglich, durch quantitative Erhebungen von Abstimmungsverhalten im multilateralen Rahmen und ebensolche Statistiken betreffend die Besuchsdiplomatie sowie die Medienberichterstattung (Inhaltsanalysen) beziehungsweise durch die Auswertung von Wirtschaftsindikatoren Datenreihen zu generieren, die halbwegs verlässliche Hinweise für Erfolge oder Misserfolge von bestimmten außen- und sicherheitspolitischen Maßnahmen liefern können.

Die Erwartung, höhere Ausgaben etwa im Bereich von EZA und Auslandskultur erhöhen – zumindest längerfristig – auch die Sicherheit eines Landes, ist sicherlich grundsätzlich und prinzipiell richtig. Aufgrund der marginalen Größen (sowohl quantitativ als auch qualitativ) kann jedoch eine Erhöhung des Sicherheitsniveaus Österreichs durch derartige verstärkte „Kooperationen“ kurz- bis mittelfristig nicht wirklich angenommen werden. Zudem gibt dieses quantitative Vorgehen nur langfristige Tendenzen wieder und ist als Prognoseinstrument nicht verantwortlich anwendbar. Derartige quantitative Methoden sind daher nur bedingt aussagekräftig und können in der Regel außenpolitische Entscheidungen aus sich heraus weder erklären noch legitimieren.

Aufgrund der enorm steigenden Bedeutung für die umfassend verstandene Sicherheit Österreichs und auch des erweiterten internationalen Umfelds muss aber den nach außen gerichteten Tätigkeitsfeldern insgesamt gesteigerte Beachtung finanzieller und institutioneller Art zukommen: Außen- und Sicherheitspolitik im weiteren Sinn kostet Geld, und zwar mehr als gegenwärtig aufgewendet wird. Das muss der Öffentlichkeit auch so kommuniziert werden.

Wie ist Österreich in der EU positioniert?

Österreich ist gegenwärtig in der EU leider nicht ausreichend klar und zufrieden stellend positioniert. Diesbezüglich ist die Übereinstimmung bei österreichischen und ausländischen Experten, bei Theoretikern wie Praktikern überraschend hoch. Das Image Österreichs ist von geringer Klarheit, dafür von Ambivalenz, der Einschätzung der Unkreativität und der Unzuverlässigkeit sowohl in der EU als auch bei Drittstaaten geprägt.

Der von außen vorgetragenen negativen Fremdeinschätzung – man denke etwa an die EU-Sanktionen – steht eine manchmal übertrieben und unrealistisch positive Selbsteinschätzung von österreichischer Seite gegenüber. Vertreter Österreichs betonen nicht selten, Österreich würde unter anderem im Rahmen der EU-Umweltpolitik, aber auch hinsichtlich des Wissens und Einflusses in Zentral- und Südosteuropa und der Einschätzung politischer Vorgänge in diesem Raum eine klare Vorreiterfunktion einnehmen.

Verständlich wird die kritische Fremdeinschätzung am folgenden Beispiel: In der sensiblen Frage der militärischen EU-Beistandsklausel wurde ein Brief gemeinsam mit Finnland, Irland und Schweden verfasst. Kaum war der Verfassungs-Gipfel erfolglos beendet, schreibt Österreich – diesmal gemeinsam mit den anderen Nettozahlern Deutschland, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und Schweden – einen Brief zur zukünftigen Reduzierung des EU-Budgets. In beiden Briefen hat die österreichische Regierung in diesen wichtigen Fragen der EU-Integration die Interessen ihrer (zukünftigen) Partner kaum berücksichtigt. In der erweiterten EU genügt nicht mehr die lautstarke Stimme eines Landes. Kleinere Staaten müssen in für sie wichtigen Fragen „Bündnispartner“ suchen,

wollen sie relevanten Einfluss ausüben. Das zeigen etwa die Benelux-Staaten und die langjährige erfolgreiche Kooperation der nordischen Staaten.

Der Aufbau solider kooperativer Netzwerke, die nicht in jeder Frage ident sein werden und sein können, bedeutet natürlich auch, dass schon bei der nationalen Ausarbeitung von Positionen die Interessen der Partner einfließen. Genau so sollte auch die Zusammenarbeit der Staaten in Zentraleuropa funktionieren, damit diese Staaten nach der EU-Erweiterung die Entscheidungen in Brüssel beeinflussen können. Das bedeutet jedoch nicht, dass Kooperationen beziehungsweise Koalitionen mit anderen Staaten nicht dann in bestimmten Fällen Sinn machen, wenn wichtige Interessen Österreichs berührt sind.

Betrachtet man die überwiegende Einschätzung Österreichs durch die anderen Mitglieder der Europäischen Union, so standen auf der Seite der „alten“ Mitglieder (EU-12) hohe Erwartungen vor allem bezüglich der Aktivitäten in Zentral-, Südost- und Osteuropa, dem gegenüber jedoch eine nur mäßige Einlösung seitens Österreichs in Form von Inputs nach dem Beitritt. Zudem gelten österreichische Vertreter eher als schwierig, kompliziert, meist „nur in Rudeln“ auftretend, oft auch als unzuverlässig und wenig kreativ.

Gleichzeitig und trotzdem werden Österreich aber noch immer hohe Potenziale zugeordnet: Es gilt wie bereits erwähnt als Ort (vergänger) Kunst- und Kulturgroßleistungen, aufgrund seiner historischen Vergangenheit als erfahren und politisch einflussreich, und man nimmt an, dass Österreicher beste Beziehungen zum zentral-, südost- und osteuropäischen Raum haben. Da Österreich niemals Kolonialmacht im eigentlichen Sinn gewesen ist und als Kleinstaat auch keine Gefahr der Hegemoniebestrebung gegenüber Dritten bedeutet, werden Einfluss und Möglichkeiten bezüglich Drittstaaten, wie die Rolle Österreichs in der Welt während der siebziger Jahre erahnen lässt, hoch geschätzt, und dadurch scheint ein großes Potenzial gegeben, eine angemessene außen- und sicherheitspolitische Rolle im EU-Rahmen einzunehmen. Letztlich gibt es eine, wenn auch kleine Reihe international bekannter und geschätzter Persönlichkeiten, meist aus der Vergangenheit, an die man sich auf internationaler Ebene

erinnert. Auch das Wirtschafts- und Politikmodell Österreich hätte sicherlich noch immer einiges an Vorbildfunktion und als Modell für Gesellschaften zu bieten, vor allem für jene, die sich noch im Stadium der Transition befinden.

Mit der Erweiterung der EU auf 25 Staaten am 1. Mai 2004 und der zweiten NATO-Erweiterung sind alle Nachbarn Österreichs (abgesehen von der Schweiz und Liechtenstein) EU- und NATO-Mitglieder. In den Entscheidungsprozessen auf EU-Ebene ist Österreich in der Vergangenheit häufig isoliert gewesen. Die EU-14-„Sanktionen“ und die Probleme beim Transit von schweren Lastwagen sind hervorsteckende Beispiele. Als EU-Mitglied muss Österreich versuchen, in der erweiterten EU Kooperationspartner zu finden, um damit die Entscheidungsprozesse in Brüssel besser in seinem Sinne beeinflussen zu können. Dafür spricht noch ein anderer Grund: Die Entscheidungsfindung in der EU muss bei 25 und mehr Mitgliedern beschleunigt und „rationalisiert“ werden. So wird nicht jeder Staatenvertreter in den Arbeitsgruppen und im Rat seine Vorstellungen einbringen können; vor allem die kleineren Staaten müssen wenn möglich ihre Stellungnahmen vorher abklären.

Daher werden in Zukunft die nordische Zusammenarbeit, die Zusammenarbeit der Benelux-Staaten und höchstwahrscheinlich auch die Zusammenarbeit der Staaten im mitteleuropäischen Raum größere Bedeutung als in der Vergangenheit haben. Das bedeutet nicht, dass sich hier starre Blöcke bilden, sondern dass bei noch nicht festgefügt Interessenkonstellationen diese Staaten ihre Vorstellungen und die Vor- und Nachteile bestimmter Positionen bei der Vorbereitung von EU-Entscheidungen untereinander abklären werden. Daher müssen schon bei der innerstaatlichen Entscheidungsfindung die Interessen der Partner Berücksichtigung finden.

Österreich wird daher gut daran tun, Sorge zu tragen, dass es in diesen Abklärungsprozess seiner Nachbarn und neuen EU-Mitglieder einbezogen wird. Im EU-Beitrittsprozess haben die Visegrád-Staaten Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn diese Kooperation schon eingeübt. Ein „Visegrád-plus“ oder eine „Regionale Partnerschaft“ zusätzlich mit Österreich und Slowenien wäre der gegebene Rahmen in der erweiter-

ten EU. Das Fenster zur Ausgestaltung einer solchen Zusammenarbeit steht aber nur bei Beginn der EU-Erweiterung offen. Haben sich die neuen EU-Mitglieder einmal positioniert, wird es Österreich schwer haben, später dazu zu stoßen und sich an der Kooperation zu beteiligen. Eine weitere Problematik für Österreich ergibt sich aus seiner Nicht-Mitgliedschaft in der NATO (Luif). An der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit im engeren Sinne wird Österreich nicht voll mitmachen können, solange die NATO hier ein wesentliches Element darstellt. Deshalb muss Österreich versuchen, eine möglichst enge Anbindung an die Strukturen der NATO-Zusammenarbeit zu erreichen.

Strukturell, von seinen objektiven Merkmalen her gesehen, gehört Österreich im Rahmen der Europäischen Union eindeutig zur Gruppe der Kleinstaaten, aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke ist es aber im oberen Drittel der EU-Staaten anzusiedeln, überdies Nettozahler, und es genießt den Rang und Ruf einer Tourismus- und Kulturlation. Wien ist auch wegen der Internationalen Organisationen und nicht nur wegen seines imperialen Ambientes ein attraktiver Ort der Begegnung.

Schlussfolgerung

Unter den Rahmenbedingungen einer tief greifend veränderten und noch immer in Bewegung befindlichen internationalen Struktur, in der Bedrohungs- und Gefahrenbilder der Periode des Kalten Kriegs weitgehend obsolet geworden sind, käme dem kleinen aber wohlhabenden und geopolitisch zentral gelegenen Österreich und damit seiner ASP in der EU eine durchaus größere Bedeutung zu, als es gegenwärtig hat. Österreich wird den seitens der eigenen Bevölkerung aber auch von außen an seine Vertreter herangetragenen Erwartungen nur dann gerecht werden, wenn es den geänderten internationalen Verhältnissen durch adäquate Reformen im Bereich des Militärs, aber auch der gesamten außenpolitischen Vertretung Rechnung trägt. Das bedeutet für den Bereich der Außenpolitik, ein klares Profil zu erarbeiten, das nicht nach dem Zufalls- oder Gießkannenprinzip, sondern nach den realen Möglichkeiten eines wohlhabenden Kleinstaates angemessen funktioniert. Für den Bereich der Sicherheitspolitik im engeren Sinn bedeutet dies eine Veränderung in eine Richtung, die Aktionen im Rahmen von

internationalen Einsätzen der Vereinten Nationen, aber auch der EU (Petersberger Aufgaben) möglich macht, und die Österreich als einen verlässlichen und gut ausgestatteten Partner (sowohl „Hardware“ als auch „Software“ betreffend) ausweist.

Wenn internationale Einsätze gegenüber klassischer Landesverteidigung Priorität haben, dann sind die Beistandsverpflichtungen für Österreich (anscheinend, Luif) nicht vorrangig, denn diese gelten für konventionelle Bedrohungen wie einen Angriff auf das Territorium eines Staates. Im Rahmen der EU gibt es diese Gefahr auf absehbare Zeit aber nicht. An ihre Stelle getreten sind kleine Kriege, lokale und ethnische Konflikte, Instabilität, die von zerfallenden Staaten ausgeht, Proliferation von Massenvernichtungswaffen, international organisierte Kriminalität oder Terrorismus, für die keine Beistandsverpflichtungen notwendig sind. Nur letztere sind nicht vereinbar mit der Neutralität. Mit der vom Europäischen Rat vorgeschlagenen Formel, dass die Politik der Union „nicht den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten berührt“, könnte Österreich leben, sich den neuen Herausforderungen stellen und sich eine überflüssige Neutralitätsdebatte ersparen. (Mit einer solchen würde sich Österreich wieder aus dem Kreis seiner Nachbarn ausschließen, was längerfristig für die Stellung Österreichs problematisch wäre.)

Aber an welchen internationalen Aufgaben soll sich Österreich beteiligen? Österreich hat nicht die Möglichkeiten wie die USA und die anderen großen Staaten, „High-tech“-Kriege mit Präzisionsmunition, Aufklärung, Kommunikations- und Führungseinrichtungen zu führen. Es sollte sich auf Beiträge konzentrieren, die es besser als andere – oder mit anderen gemeinsam besser – leisten kann. Eine Spezialisierung der Mittel und Fähigkeiten wäre im Sinne der Effizienzsteigerung und Kosteneinsparung sinnvoll. Um einen komparativen Vorteil gegenüber anderen Staaten zu haben, könnte das österreichische Bundesheer auf seine Erfahrungen bei der Friedenserhaltung und bei der Hilfe, funktionsfähige Strukturen in zerstörten Ländern wiederaufzubauen, zurückgreifen. Das sind keineswegs die Rosinen im Kuchen, sondern äußerst anspruchsvolle Aufgaben, die auch die Anwendung von Waffengewalt nicht prinzipiell ausschließen.

Fachleute im Inland und vor allem im Ausland sehen aber in einer solchen „Spezialisierung“ Österreichs genau den Vorwurf des „Trittbrettfahrens“ bestätigt. Als reichster Staat in Mitteleuropa muss sich auch Österreich bereit erklären, so wie seine ärmeren Nachbarn an militärischen Einsätzen der Friedensschaffung teilzunehmen und sich nicht nur an der grundsätzlich gefahrloseren Friedenserhaltung zu beteiligen (Luif).